

Mit dem Prozeß der europäischen Integration verändert sich auch die Identität der Europäer; nationale und regionale Identitäten werden neu definiert. Regionen sind jedoch nur in begrenztem Maße politikfähig. Es ist zu vermuten, dass eine europäische Identität sich vor dem Hintergrund europäischer Traditionen und angesichts der gemeinsamen Erfahrung von Funktionsdefiziten der Nationalstaaten bilden wird. Sie tritt nicht an die Stelle regionaler und nationaler Identität, sondern ergänzt sie. Ebenso werden die Nationalstaaten durch das europäische Projekt nicht abgeschafft – sie erhalten eine andere Funktion.

Europa: Selbstbewusst?

Regionale, nationale und europäische Identität im Wandel europäischer Staatlichkeit / Von Wilfried Loth

Je stärker die Europäische Union die Alltagswirklichkeit der Menschen in den Mitgliedsländern prägt, desto häufiger stellt sich die Frage nach einer europäischen Identität: Gibt es eine solche gemeinsame Identität aller Europäer? Bedroht sie die gewachsenen nationalen Identitäten? Kann sie sie ersetzen? Muss sie stärker werden, wenn Europa handlungsfähig bleiben soll?

Die Identitäten von Gemeinwesen sind nicht statisch, sondern in einem permanenten Wandlungsprozess begriffen. Sie basieren, so sagt die Wissenssoziologie¹, auf kollektiven Erfahrungen und ihrer Deutung in einem dialektischen Prozess: Individuell erlebte Wirklichkeiten werden im Licht kollektiver Wirklichkeitsmodelle und Wissensbestände gedeutet und tragen damit zur Verstärkung und Verfestigung dieser kollektiven Deutungen bei. Je nach Art der Erfahrungen und Deutungen, die prägend werden, hält das kollektive Selbstbild tatsächliche

Erinnerungen und tradierte Geschichtsbilder fest. Ebenso verallgemeinert es evidente Alltagswahrnehmungen und birgt mehr oder weniger deutliche Vorstellungen von einer gemeinsamen Zukunft.

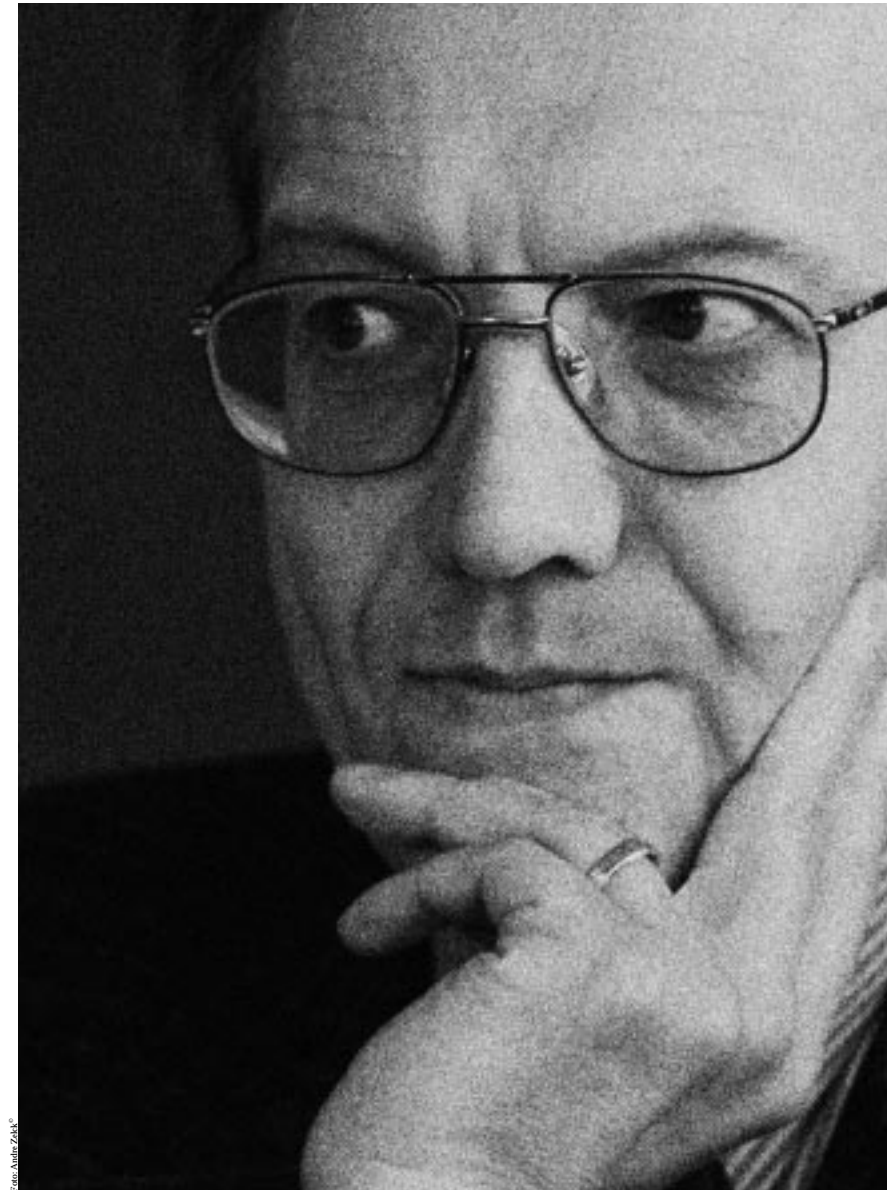
Nationale Identität

Das gilt in besonderem Maße für die nationale Identität. Bei der Bildung von Nationen spielen dreierlei Komponenten eine Rolle: ethnische Gemeinsamkeiten, gemeinsame kulturelle Traditionen und gemeinsame Erfahrungen. Ihr jeweiliger Anteil kann sehr unterschiedlich sein, objektiv und in der Wahrnehmung. Eine sprachliche Gemeinsamkeit gehört häufig zu den kulturellen Komponenten, sie ist aber weder unerlässlich noch in jedem Fall ausschlaggebend. Dagegen gehört zu jeder gemeinsamen Geschichte auch ein Wissen um diese Geschichte, ein historischer Mythos, der die gemeinsame Identität thematisiert. Im An-

schluss an Maurice Halbwachs könnte man auch von einem „kollektiven Gedächtnis“ sprechen, das die politische Identität einer Gemeinschaft ermöglicht.²

In der Moderne wurde dieser Mythos regelmäßig mit einem gesellschaftlichen Projekt verbunden, d. h. mit Aussagen darüber, wie die Ordnung der Menschen gestaltet werden soll, die dieser Nation angehören.³ Sie blieben notwendigerweise vage, hatten aber stets die rechtliche Gleichheit und die politische Partizipation ihrer Angehörigen im Blick. Gleichzeitig zielten sie auf Vereinheitlichung des Lebensraums und Souveränität des nationalen Willens, mit anderen Worten auf territoriale Staatsbildung mit nationaler Prägung. Nationen wurden zu handelnden Subjekten, die sich der Instrumente des modernen Staates bedienten.

Im Zuge der Bildung von Nationalstaaten wurde der Begriff der „Nation“ vielfach ideologisch-zivilisatorisch aufgeladen. Die Nation galt



als Willensgemeinschaft derjenigen, die sich einem gemeinsamen gesellschaftlichen Projekt verpflichteten, und zugleich als Solidargemeinschaft, in der Rechte und Pflichten einander entsprachen. „Eine Nation“, formulierte das Ernest Renan in seinem berühmten Vortrag an der Sorbonne im März 1882, „ist eine große Solidargemeinschaft, die durch das Gefühl für die Opfer gebildet wird, die erbracht wurden und die man noch zu erbringen bereit ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus und lässt sich dennoch in der Gegenwart durch ein greifbares Faktum zusammenfassen: die Zufriedenheit und den klar ausgedrückten Willen, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Die Existenz einer Nation ist (man verzeihe mir diese Metapher) ein tägliches Plebiszit, wie die Existenz des Individuums eine ständige Bekräftigung des Lebens ist.“⁴ Diese Vorstellung deckte die Realität der Nation insofern nicht vollständig ab, als sie ihren Zwangs- und Traditionscharakter ausblendete. Sie wirkte gleichwohl mobilisierend und damit nationenbildend.

Erfolgreich war der moderne Nationenbegriff vor allem aus zwei Gründen: Zum einen war er in der Lage, durchaus unterschiedliche Hoffnungen auf Emanzipation unter einem gemeinsamen Dach zu bündeln, das Geborgenheit verieß. Die Nation versprach damit einen Halt in der Bewegung des Fortschritts oder, von der anderen Seite her gesehen, Dynamik ohne gleichzeitige Entwurzelung. Nationale Identität konnte die Auflösung partikularer Identitätsbindungen im Prozess funktionaler Differenzierung moderner Gesellschaften kompensieren.⁵ Zum anderen entsprach die Größe der entstehenden Nationalstaaten in bestimmten Phasen der industriellen Revolution in etwa dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Sie ließen sich besser erschließen, wenn man für nationale Märkte produzierte statt nur für regionale und wenn kulturelle, infrastrukturelle und in-

stitutionelle Rahmenbedingungen auf einem entsprechend breiten Level organisiert wurden.

Der moderne Nationalismus nahm damit in doppelter und vielfach miteinander verschränkter Weise Modernisierungsfunktionen wahr. Mit ihm verband sich nicht nur die Durchsetzung des modernen Rechts- und Verfassungsstaats, sondern auch der Demokratie, des Sozial- und des Wohlfahrtsstaats. Diese Verbindung war zwar nicht zwingend: Modernisierung konnte auch ohne Nationalstaatsbildung erfolgen, und ein allzu integrierender Nationalismus konnte auch modernisierungshemmend wirken.⁶ Doch die Nationalstaaten bezogen aus den Modernisierungsleistungen vielfach Legitimität, was wiederum nationale Identitäten prägte.

Mit der zunehmenden Internationalisierung im Zuge der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte verloren die Nationalstaaten, zumal in Europa, dann an Leistungsfähigkeit und damit auch an Prägekraft. Nationalstaaten konnten die Sicherheit ihrer Bürger nicht mehr garantieren, sie wurden für rationale Produktionsweisen zu eng, sie verloren Macht und Prestige und bekamen Konkurrenz durch größere Erfahrung- und Kommunikationsräume. Die nationale Identität wurde dadurch in doppelter Weise ausgehöhlt: Nation und Nationalstaat konnten weniger Loyalität einfordern, während die Menschen zu gleich eine Umwelt erlebten, die immer weniger von nationalen Besonderheiten geprägt war.

Gleichzeitig erschien die Nation aber einmal mehr als Zufluchtstätte in der allgemeinen Bewegung des Fortschritts, sowohl als mentales Orientierungsangebot als auch hinsichtlich ihrer sozialstaatlichen Rückversicherungsfunktionen.⁷ Es ist leicht zu sehen, dass sie in diesen Funktionen auch weiterhin nachgefragt werden wird. Folglich ist sie mit der Internationalisierung keineswegs zum Absterben verurteilt. Sie

wird auch durch die Dynamisierung der Internationalisierungsprozesse, für die sich der etwas irreführende Begriff der „Globalisierung“ eingebürgert hat, nicht obsolet. Die Funktionen des Nationalstaats müssen lediglich in Abgleichung mit staatlichen Funktionen der regionalen und der europäischen Ebene neu justiert werden. Dabei wird nationale Identität so aufgefüllt werden (müssen), dass sie mit dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu regionalen Einheiten wie zur europäischen Gemeinschaft kompatibel ist.

Regionale Identitätsbildung

Die Funktion des Horts vor den Zumutungen des Internationalisierungsprozesses muss die Nation nun allerdings mit kleineren Einheiten teilen, für die sich der Begriff der „Region“ eingebürgert hat. Insofern geht mit der Neubestimmung nationaler Identität ein Prozess der Wiederbelebung – oder erstmaligen Aktivierung – regionaler Identitäten einher.⁸

Seine Anknüpfungspunkte sind freilich bei weitem nicht so gleichförmig wie das bei der Herausbildung der modernen Nationalstaaten der Fall war.⁹ Regionen werden von traditionellen, herrschaftlichen und kulturellen Zentren (Städten und Landgemeinden) geprägt, sie können aus genossenschaftlichen Zusammenschlüssen hervorgegangen sein oder aus der Regionalisierung von Herrschaft, die politischer oder bloß administrativer Natur sein kann. Regionalisierung kann ethnischen, sprachlichen und kulturellen Unterschieden folgen oder sich unabhängig von ihnen entwickeln. Regionen können aufgrund wirtschaftlicher, funktionaler oder sozial-mentaler Zusammenhänge entstehen. Auch können sie nationale Grenzen überschreiten – dabei bildet oft, aber nicht notwendigerweise, das Faktum der Grenze den Auslöser für die Ausbildung einer grenzüberschreitenden regionalen Identität.

Entsprechend unterschiedlich sind Zuschnitt, Prägekraft und Leistungsfähigkeit der Regionen. Vielfach überschneiden sich Regionen, es gibt Regionen innerhalb der Regionen und entsprechend mehrschichtige regionale Identitäten. So erscheint Wales von außen gesehen als eine Region Großbritanniens. Für einen Waliser macht es aber einen großen Unterschied, ob er in English Wales, British Wales oder Walis Wales zu Hause ist. Der Versuch, Berlin und Brandenburg zu einem Bundesland zusammenzufassen, scheiterte an dem dreifachen Gegensatz zwischen Metropole und Umland, zwischen Ost und West und zwischen Elitenidentität und Disparität der breiten Bevölkerung.

Der Übergang von regionaler Identität zu lokaler und zur Gruppenidentität einerseits und zu nationaler Identität andererseits ist fließend. Begrifflich lassen sich Regionalisten von Nationalisten dadurch unterscheiden, dass sie die Legitimität und Effektivität des weiteren Staates anerkennen, während Nationalisten sie bestreiten. Bei Konflikten mit regional verankerten Minderheiten innerhalb der Nationalstaaten geht es präzise um diese Differenz.

Aufgrund ihrer Vielfalt sind Regionen nur in begrenztem Maße politikfähig. Neben ihrer Funktion bei der Identitätssicherung wächst auch ihre Bedeutung für die Selbsterneuerung der Gesellschaft. Folglich setzt Zukunftsfähigkeit tendenziell eine Stärkung des institutionellen Gewichts der Regionen voraus. Es ist jedoch nicht abzusehen, dass dies überall in gleicher Weise erfolgt – nicht nur aufgrund der unterschiedlichen historischen Traditionen, die sich in ganz verschiedenartigen politischen und administrativen Strukturen niederschlagen, sondern auch aufgrund der im einzelnen unterschiedlichen Funktionen von Regionen.

Das Schlagwort vom „Europa der Regionen“ führt daher in die Irre. Eine europäische Gemeinschaft

lässt sich nicht nach einem abstrakten föderalistischen Muster von gleichförmigen Regionen her aufbauen, schon gar nicht bei gleichzeitigem Abbau der nationalstaatlichen Ebene. Das Gewicht der Regionen bei der Entscheidungsfindung wie bei der Identitätsbildung nimmt zwar zu; auf der Gemeinschaftsebene können Regionen aber nur in dem Maße politisch aktiv werden, wie die innere Föderalisierung der Mitgliedsstaaten weiter vorankommt, wie, mit anderen Worten, regionale Bewegungen angemessene körperschaftliche Formen und Funktionen finden. Dabei ist zu beachten, dass die Gebote der Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Föderalisierung Grenzen setzen, die in der Praxis schwer zu bestimmen sind. Auf europäischer Ebene wird als Region nur vertreten sein, was die Nationalstaaten als nächsten regionalen Unterbau definieren und anbieten. Diese europäische Verankerung mag zur Stärkung der derart definierten politischen Regionen beitragen; gleichzeitig steht dieser Gestaltungsprozess aber in einer anhaltenden Spannung zu anders ausgerichteten regionalen Bewegungen und anders akzentuierten regionalen Bewusstseinsständen.

Daraus kann gefolgert werden, dass regionale Identität die nationale in absehbarer Zukunft ebenso wenig ersetzen wird wie die europäische. Beide spielen aber jetzt schon eine stärkere Rolle als in der klassischen Epoche der Nationalstaaten, und es spricht viel dafür, dass ihre Bedeutung weiter zunehmen wird.

Der Prozess der europäischen Einigung

Eine weitere Folge der zunehmenden Funktionsdefizite der Nationalstaaten und des nationalstaatlichen Ordnungssystems in Europa war und ist der Prozess der europäischen Einigung, die seit dem Zweiten Weltkrieg vom Westen Europas ausgehend betrieben wird. Die Ent-

wicklung der modernen Kriegstechnik ließ das Problem der zwischenstaatlichen Anarchie immer unerträglicher und Friedenssicherung (nicht nur, aber auch) zwischen den europäischen Staaten immer dringlicher werden. Damit wurde es ebenfalls dringlicher, die deutsche Frage zu lösen, das heißt zwischen der Selbstentfaltung der stärksten Nation in der Mitte des europäischen Kontinents und der Freiheit und Sicherheit der übrigen Nationen Europas einen dauerhaften Ausgleich zu finden. Gleichzeitig wurden die nationalen Märkte in Europa für rationale Produktionsweisen zu eng; ihre wechselseitige Abschottung war nur temporär und sektoral sinnvoll; langfristig führte sie zu einem Verlust an Produktivität. Eng damit verbunden war schließlich der Bedeutungsverlust der europäischen Nationalstaaten gegenüber den aufsteigenden neuen Weltmächten; damit wurde Selbstbehauptung gegenüber den USA wie gegenüber der Sowjetunion zu einem gemeinsamen Ziel der Europäer, das sich auch nur in gemeinsamer Anstrengung erreichen ließ.

Zusammengenommen ließen diese vier Impulse eine europäische Einigungsbewegung entstehen, die gemeinsame europäische Institutionen hervorrief.¹⁰ Sie sind durch den Wegfall der Blockgrenzen in Europa nicht obsolet geworden, sondern haben im Gegenteil eine höchst eindrucksvolle Bestätigung erfahren. Wirtschaftliche Produktivität und sozialer Konsens sind ohne die Grundlage des Gemeinsamen Marktes nicht mehr denkbar, die gemeinsamen Interessen an Friedenssicherung überwiegen potentielle nationale Rivalitäten bei weitem, Handlungsfähigkeit auf globaler Ebene hängt nach wie vor vom gemeinsamen Auftreten der Europäer ab, und zur Einbindung der deutschen Zentralmacht wird der europäischen Rahmen seit der Aufhebung der Ost-West-Spaltung mehr denn je gebraucht.

Die Europäische Union stellt damit einen Versuch dar, die zivilisatorischen Errungenschaften des modernen Nationalstaats unter den Bedingungen der Internationalisierung zu erhalten und weiter zu entwickeln. Sie beruht auf der Wahrnehmung gemeinsamer und komplexer Interessen der europäischen Nationen und einem Wissen um gemeinsame Werte und Traditionen, das es aussichtsreich erscheinen lässt, die gemeinsame Wahrnehmung dieser Interessen in Angriff zu neh-

operierende Unternehmen und zunehmend transnational agierende akademische *communities*, schließlich die medial vermittelte Internationalisierung von Einstellungen, Moden und kulturellen Hervorbringungen. Allerdings erfassen diese Verflechtungsprozesse nicht alle Teile der europäischen Gesellschaften gleichermaßen, auch geht die *western civilization*, die sich mit diesen Prozessen ausbreitet, weit über Europa hinaus. Folglich führt von ihnen auch kein direkter Weg zur Ent-

so zu realisieren war, wie man sie sich idealiter wünschte. Die Unfähigkeit, gesellschaftlich zu handeln, die daraus resultierte, führte zu den technokratischen Lösungen. Das gilt für die Durchsetzung der Montanunion 1950/51 ebenso wie für die Römischen Verträge von 1957 und das Vertragswerk von Maastricht 1991/92.

Gerade die Diskussion um den Maastricht-Vertrag und um die Einführung der europäischen Währung haben aber gezeigt, dass dieser tech-

wird sie nicht einfach zu haben sein. Sie bedarf konzeptioneller Klärung und politischer Anstrengung. Dennoch stehen die Chancen gut, dass im Zuge der anstehenden Auseinandersetzung die europäische Dimension von Identität stärker ins Bewusstsein rückt und die europäische Gesellschaft an Artikulationsfähigkeit gewinnt. Erstens lassen die Realitäten der Internationalisierung dazu keine plausible Alternative mehr übrig, und zweitens hält die gemeinsame europäische Tradition durch-

Dieser kulturelle Zusammenhang beginnt mit dem alten Orient, als wesentliche Grundlagen unserer modernen Kultur entstanden – Staat, Religion, Wissenschaft, Schriftlichkeit, Militär und Krieg. Vieles davon prägt noch heute unseren Alltag: das Alphabet, die Art der Zeiteinteilung, das Münzwesen und die Einteilung des Geldes, die Rede vom Stadtviertel, in dem man lebt, technische Errungenschaften wie Glas und Brückenbau, kulturelle Erfindungen wie die Kirchenmusik oder der Mil-

nischen Sprache, die Rationalität des römischen Rechts; und schließlich die Orientierung an einem Konzept geisteswissenschaftlicher, vorwiegend literarischer Bildung, den *studia humanitatis*, das im wesentlichen auf Cicero zurückgeht und in der lebenspraktischen Ausrichtung der römischen Kultur wurzelt.

Im weströmisch-lateinischen Mittelalter, in dem etwa zu Beginn des 12. Jahrhunderts eine gewisse Einheitlichkeit in der Zivilisation erreicht wurde, hat sich unter Heran-



Illustration: Andrej Vasin / Gaster Linares

men. Als gesellschaftliches Projekt weist „Europa“ damit Züge auf, die den Nationalstaatsprojekten früherer Entwicklungsphasen entsprechen.

Gefördert wird dieses Projekt zweifellos durch die zunehmende Angleichung wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Strukturen, die zumindest im westlichen Europa im Zuge und infolge des anhaltenden Wirtschaftsbooms der 1950er und 1960er Jahre eingetreten ist.¹¹ Ebenso tragen die vielfältigen Verflechtungen in Europa tendenziell zu seiner Durchsetzung bei: die Marktintegration, berufliche und private Mobilität, transnationale Begegnungen und Kontakte, transnational

stehung einer genuin europäischen Öffentlichkeit als Medium der Selbstreferenz einer europäischen Gesellschaft.

Dem entspricht, dass die bisherige institutionelle Entwicklung der Europäischen Union vorwiegend auf dem technokratischen Wege erfolgte, ohne breite gesellschaftliche Diskussion und nachhaltige Identifizierung der Bürger der Europäischen Gemeinschaft mit ihren Institutionen.¹² Dies ist auf die vielfach unterschiedlichen Auffassungen zurückzuführen, wie eine europäische Gemeinschaft gestaltet werden soll, verbunden mit vielfacher Enttäuschung darüber, dass die Gemeinschaft nicht

nokratische Umweg nach Europa an sein Ende gelangt ist.¹³ Die europäische Ebene hat eine Regelungsdimension erreicht, die der Bürger nicht mehr übersehen kann – weil sie ihn vielfach und täglich betrifft. Entsprechend verlangt er entweder die Rückbesinnung auf die nationalen Institutionen oder, soweit ihm der illusionäre Charakter eines solchen Rückzugs bewusst ist, die Ausdehnung der demokratischen Rechte auf die europäische Ebene. Damit steht neben der Erweiterung auch die Demokratisierung der Europäischen Union auf der Tagesordnung.

Angesichts unterschiedlicher Bedürfnisse und Bewusstseinsstände

aus genügend Anregungen für die Gestaltung eines europäischen Kollektivs bereit.

Historische Grundlagen europäischer Identität

Europäische Identität kann sich auf eine Abfolge mehrerer historischer Schichten gründen. Diese kommen keineswegs geographisch zur Deckung, und insofern kann auch keine kontinuierliche Evolutionsgeschichte europäischer Identität geschrieben werden. Gleichwohl stellen sie einen kulturellen Zusammenhang dar, an die die Gemeinschaftsbildung in Europa anknüpfen konnte.¹⁴

tarismus. Die europäische Zivilisation ist nicht ohne die ersten Hochkulturen denkbar; Europa war für lange Zeit Teil eines kulturellen Zusammenhangs, der sein Zentrum im alten Osten hatte.

Aus der Antike übernahm die europäische Kultur zunächst die Idee der *Polis* freier und gleicher Bürger, die gemeinsam entscheiden und Ämter auf Zeit vergeben; sodann die Idee der Wahrheitsfindung durch Dialog, die Anerkennung der Kraft des Arguments und die Einsicht in die Notwendigkeit der Autonomie von Wissenschaft; weiter, vermittelt durch die Ausbreitung des Imperium Romanum und der latei-

ziehung dieser Grundlagen ein Strukturprinzip entwickelt, das für die europäische Kultur bis heute mehr als alles andere prägend geworden ist: das vielzitierte Prinzip der „Einheit in der Vielfalt“. Durch das häufige Zitieren oft zur Leerformel degeneriert, trägt es tatsächlich wesentlich zur Erklärung europäischer Erfolge wie zur Charakterisierung europäischer Identität bei.

„Einheit in der Vielfalt“ kennzeichnete zunächst die Form europäischer Staatenbildung: Trotz vielfacher imperialer Anstrengungen gab es immer einen Plural von Königreichen. Der beständige Wettbewerb zwischen den einzelnen Staatsgebil-

den um erhöhte Machtgeltung führte nie bis zu ihrer Vereinigung in einem Universalreich, doch die Konkurrenten blieben dabei stets in dem Bewusstsein verbunden, der „einen universalen Christenheit“ anzugehören.

Darüber hinaus ergab sich Einheit in der Vielfalt aus der Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt, von *regnum* und *sacerdotium*, die wechselseitig aufeinander angewiesen blieben und sich damit in ihrer Macht beschränkten. Kaiser und Könige benötigten transzendente Legitimation, die ihnen aber auch wieder entzogen werden konnte; Päpste und Bischöfe mussten sich auf weltliche Macht stützen, die ihnen nie unangefochten zur Verfügung stand. Dies hat die Konkurrenz der Staaten ebenso gefördert wie die Organisation der Kirche nach den Prinzipien von ständischer Partizipation und Repräsentation: Dem Papst standen die Konzilien gegenüber, den Bischöfen die Synoden.

Aus der Konkurrenz der einzelnen staatlichen Gebilde untereinander folgte zum einen, was man als Elemente des „modernen“ Staates bezeichnet hat: die Entstehung der Idee der Souveränität; die fortschreitende Intensivierung und Rationalisierung der Staatlichkeit, das heißt die Entstehung des „Anstalts“-Staates mit einer rational organisierten Verwaltung; und schließlich die Idee der Gesetzgebung mit dem Begriff des „Gesetzes“, das durch Schriftlichkeit und formelle Konstitution definiert ist.

Zum anderen stehen mit der Staatswerdung *Vasallentum* und *Verbrüderungen* (*conjuraciones*) eng zusammen, also Verträge zwischen Ungleichen und Verträge zwischen Gleichen. Die Vasalität führte zur Etablierung des Dualismus von König und Parlament, damit zum Prinzip der Repräsentation und zum Grundsatz rechtsstaatlichen Verfahrens, der Rechtssicherheit des Individuums, seines Schutzes vor Willkürakten. Die Idee der *conjuratio* wiederum ermöglichte freiwillige Zu-

sammenschlüsse, die gerade aufgrund der ausgeprägten Staatsferne produktiv waren: Das gilt für die Kaufmanns- und Handwerkerghilden ebenso wie für Kommunen und ihre Bünde wie auch für die okzidentale Universität mit Kooptionsrecht und Satzungsautonomie. Genossenschaften, Vereine, Verbände, Parteien und Gewerkschaften sind moderne Folgewirkungen dieses Organisationsprinzips.

Es ist leicht zu sehen, dass die Erfolge Europas in der Neuzeit auf diesen Strukturprinzipien beruhen:

- Nachdem die Glaubensspaltung den grundsätzlichen Pluralismus der abendländischen Kultur noch einmal um eine wesentliche Dimension erweitert hatte, war der Boden für die Ausbreitung von Aufklärung, Rationalismus und moderner Wissenschaft bereitet.

- Die Konkurrenz der Staaten und Herrschaften förderte die Entwicklung moderner Technik. Gleichzeitig fanden Wissenschaftler, Philosophen und Reformen, die wie überall in der Welt auch in europäischen Ländern aus Angst vor Neuerungen von ihren Herrschern vertrieben wurden, immer wieder in anderen Ländern Unterschlupf – gewöhnlich, weil sich deren Herrscher davon Vorteile gegenüber ihren Rivalen versprachen. Die Rolle der Hugenotten bei der Entwicklung Preußens ist dafür ein prominentes Beispiel.

- Schließlich bot die Konkurrenz der Staaten, die sich alle dem gleichen Zivilisationsbegriff verpflichtet fühlten, in Verbindung mit der Relativierung der Herrschaftsverbände durch Repräsentation, Kommunen und Universitäten gute Voraussetzungen für die Entwicklung der modernen Emanzipationsbewegungen, die auf Partizipation und sozialen Aufstieg zielten. Demokratie und moderner Wohlfahrtsstaat haben hier ihre Wurzeln.

All dies gehört zweifellos zum Bewusstsein der heutigen Europäer von sich selbst und zu ihrer habituellen Prägung.¹⁵ Dabei werden die

Schattenseiten von planender Rationalität, arbeitsteiligem Fortschritt und technischer Effektivität in der Regel nicht übersehen – haben doch die ungeheuren Möglichkeiten der Machtakkumulation und des Machtmissbrauchs, die daraus resultieren, die europäische Geschichte der letzten 200 Jahre zu einer Kette von Katastrophen werden lassen. Allerdings scheint es heute zum Grundkonsens der europäischen Gesellschaften zu gehören (man muss das mit einiger Vorsicht formulieren), die Instrumente, die die europäische Kultur bereitstellt, dazu zu nutzen, um eine Wiederholung solcher Katastrophen zu verhindern.

„Freiheit als Überwindung von Willkür; individuelle Selbstbestimmung im Rahmen und mit den Möglichkeiten kollektiver sozialer Bewegungen; unbeschränktes, schrankenloses Denken als Grundmodell des intersubjektiven Diskurses; gewaltlose Konfliktlösung durch Institutionenbildung; Öffentlichkeit als ubiquitäres Kommunikationsprinzip“ – so oder ähnlich formuliert¹⁶ können sich Strukturprinzipien einer europäischen Gesellschaft jedenfalls weitgehender Zustimmung erfreuen. Es dürfte auch breiter Konsens darüber herrschen, dass sie vor irgendwelchen besonderen nationalen Werten oder Errungenschaften rangieren.

Das „Projekt Europa“ führt, jedenfalls in absehbarer Zeit, nicht zu einem Absterben der Nationalstaaten. Vielmehr bildet es die Voraussetzung für ihr Überleben, das allerdings nur ein Überleben in veränderter Form und eingeschränkter Funktion sein kann. Europäische Identität wird darum auch die nationalen Identitäten in absehbarer Zeit nicht einfach ersetzen. Statt dessen zeichnet sich ab, dass die Menschen in Europa mit einer mehrschichtigen Identität leben, einer Identität, die regionale, nationale und europäische Momente in sich vereint.

Ob und wie lange noch die nationale Identität stärkere Bindungs-

wirkungen behaupten kann als die europäische, muss dabei grundsätzlich offen bleiben. Es gibt keinen plausiblen Beleg für die Behauptung, *allein* der Nationalstaat sei imstande, Tiefendimensionen der gesellschaftlichen Kräfte zu schaffen.¹⁷ Wie die Priorität der europäischen Werte und die zunehmende Transnationalität der Lebensstile zeigen, weisen die empirischen Befunde schon jetzt in eine andere Richtung. Mit der Ausweitung der Gemeinschaftsaufgaben und der Demokratisierung europäischer Politik werden die Gemeinsamkeiten der Europäer zweifellos noch stärker hervortreten.

Summary

With the process of European integration, the way Europeans see themselves is changing. In this essay, the relations between regional, national and European identity will be discussed. National identity is viewed in connection with a social project, i. e. with statements on the establishment of a system for the citizens of each nation. Regional identity is gaining in importance in view of the challenges being presented by the process of globalization. However, it is dependent on very different factors, and its importance varies between regions. Therefore, individual regions are capable of political responsibility only to a limited extent. European identity has been formed against the background of European traditions and the mutual experience of the functional deficits of the individual nations. It does not replace regional and national identities but complements them. Neither will nations disappear because of the European project; they will merely be given a different function. It is becoming apparent that the citizens of Europe live with a multi-layered identity which combines regional, national and European characteristics.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Peter L. Berger/Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt/M. 1980.
- 2) Maurice Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Frankfurt/M. 1985. Ders.: Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt/M. 1985. Zur Rezeption der Schriften Halbwachs', die in den 20er und frühen 30er Jahren entstanden, besonders Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hrsg.): Kultur und Gedächtnis. Frankfurt/M. 1988. Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1992.
- 3) Vgl. u. a. Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt/M. 1993. Eric J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt/M. 1992. Otto Dann: Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990. München 1993. Helmut Berding (Hrsg.): Nationales Bewusstsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit. Frankfurt/M. 1994. Wolfgang Hardtwig: Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914. Göttingen 1994.
- 4) Ernest Renan: Oeuvres complètes. Bd. 1. Paris 1947, S. 887–906, hier S. 904.
- 5) Vgl. etwa Michael Maurer: „Nationalcharakter“ in der frühen Neuzeit. Ein mentalitätsgeschichtlicher Versuch. In: Reinhard Blomer u. a. (Hrsg.): Transformationen des Wir-Gefühls. Studien zum nationalen Habitus. Frankfurt/M. 1993, S. 45–84.
- 6) Vgl. Günter Schödl: Die Dauer des Nationalismus. Zur Entwicklungsgeschichte des „neuen“ Nationalismus im östlichen Europa. In: Heinrich August Winkler/Hartmut Kaelble (Hrsg.): Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität. Stuttgart 1993, S. 123–155.
- 7) Besonders eindrucksvoll wurde diese Ambivalenz in den Zukunftsdiskussionen unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs deutlich. Vgl. Walter Lippens (Hrsg.): Documents on the History of European Integration, Vol. I: Continental Plans for the European Union, 1939–1945. Berlin/New York 1985; Vol. II: Plans for European Union in Great Britain and in Exile, 1939–1945. Berlin/New York 1986 und Michel Dumoulin (Hrsg.): Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947. Bruxelles 1995.
- 8) Vgl. Rolf Lindner (Hrsg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität. Frankfurt/M./New York 1994; Mathew Horsman/Andrew Marshall: After the Nation State. Citizens, Tribalism and the New World Disorder. London 1994; David Morley/Kevin Robins: Spaces of Identity. Global Media, Electronic Landscapes and Cultural Boundaries. London/New York 1995.
- 9) Vgl. Gerhard Brunn (Hrsg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde, Baden-Baden 1996.
- 10) Vgl. Wilfried Loth: Der Prozess der europäischen Integration: Antrievkräfte, Entscheidungen, Perspektiven. In: Gewerkschaft-

liche Monatshefte 46 (1995), S. 703–714.

Ders.: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957. Göttingen 1996.

11) Vgl. Hartmut Kaelble: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980. München 1987.

12) Vgl. Marie-Thérèse Bitsch, Wilfried Loth, Raymond Poidevin (Hrsg.): Institutions européennes et identités européennes, Bruxelles 1998.

13) Vgl. Wilfried Loth: Vertiefung in der Erweiterung? Die Europäische Regierungskonferenz in historischer Perspektive. In: Kulturwissenschaftliches Institut, Jahrbuch 1995, S. 77–81.

14) Anregungen hierzu bei Otto Gerhard Oexle: Mittelalterliche Grundlagen des modernen Europa. In: Jörg Calließ (Hrsg.): Was ist der Europäer? Geschichte? Beiträge zu einer historischen Orientierung im Prozess der europäischen Einigung. Loccum 1991, S. 17–60; Shmuel N. Eisenstadt: European Civilization in a Comparative Perspective. A Study in the Relations Between Culture and Social Structure. Oslo/London 1987; John A. Hall: Powers and Liberties. The Causes and Consequences of the Rise of the West. Oxford 1985; Michael Mann: European Development: Approaching a Historical Explanation in Europe and the Rise of Capitalism. Oxford/New York 1988.

15) Vgl. an neueren Systematisierungen Edgar Morin: Europa denken. Frankfurt/M. 1988; Hagen Schulze: Die Wiederkehr Europas. Hagen 1990; Remi Brague: Europa. Eine exzentrische Identität. Frankfurt/M./New York 1993; René Girault (Hrsg.): Identité et conscience européennes au XXe siècle. Paris 1994.

16) Hier nach Helga Grebing: Nationale und zivilisatorische Identität in Europa. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 46 (1995), S. 110–120, Zitat S. 113.

17) So mit vielen anderen Ralf Dahrendorf: Die Zukunft des Nationalstaates. In: Merkur 48 (1994), S. 751–761.

Der Autor:

Wilfried Loth studierte Germanistik, Geschichte, Philosophie und Erziehungswissenschaften in Saarbrücken. Nach Staatsexamen, Promotion und Habilitation wurde er 1984 auf eine Professur für Politische Wissenschaften an die Freie Universität Berlin berufen. 1985 folgte der Ruf auf eine Professur für Politische Wissenschaften an der Universität Münster. Seit 1986 ist er ordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Universität GH Essen. Von 1993 bis 1997 war er Präsident des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, wo er bis zum Frühjahr 2000 zugleich eine Studiengruppe zu den Zukunftsproblemen der Europäischen Union leitete. Im Mai 2000 wurde er zum Vorsitzenden der Verbindungsgruppe der Historiker bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gewählt.

1985 folgte der Ruf auf eine Professur für Politische Wissenschaften an der Universität Münster. Seit 1986 ist er ordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Universität GH Essen. Von 1993 bis 1997 war er Präsident des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, wo er bis zum Frühjahr 2000 zugleich eine Studiengruppe zu den Zukunftsproblemen der Europäischen Union leitete. Im Mai 2000 wurde er zum Vorsitzenden der Verbindungsgruppe der Historiker bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gewählt.